

Petition: VIII-P-00653

Bezeichnung: Klage gegen Flughafenausbau

Inhalt: Werte Mitglieder des Stadtrats,

bezüglich der aktuellen Berichterstattung:

"Der Umweltverband BUND wird gegen die Ausbaupläne vom Flughafen Leipzig-Halle juristisch vorgehen. Helen Garber, Geschäftsführerin des BUND Sachsen kündigte im Rahmen einer Demonstration am Samstag eine Klage an.

Das Projekt sei ein Beispiel für ein "chronisches Weiter So" in der Politik, sagte sie. Man setze sich dafür ein, dass nicht die Gewinne einiger weniger Unternehmen im Vordergrund stehen. Das Geld, was hier verbrannt werde, "könnte besser genutzt werden um unsere Gesellschaft besser und gerechter zu machen."

Der Flughafen sei "nicht nur ein krasser Klimakiller, auch werden von dort zahlreiche Abschiebungen durchgeführt. Zusätzlich gilt der Flughafen LEJ als ein großer Umschlagsplatz für Militärtechnik und Truppentransporte. Dazu kommen ein fehlendes Nachtflugverbot und starke Lärmstörungen bei den Anwohner*innen", kritisiert man bei Ende Gelände Halle.

„Während die sächsischen Koalitionsverhandlungen krachend scheitern und die Bundespolitik lost ist, baut DHL am Flughafen Leipzig/Halle munter sein Drehkreuz aus – und das im wärmsten Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen!“, so Fridays for Future Leipzig. "Wir nehmen DHL und das Land Sachsen dafür in Haftung, dass sie immer noch fossile Infrastruktur ausbauen und die Erderwärmung mit all ihren Folgen bewusst ignorieren."

Am Samstag hatte ein Aktionsbündnis aus Anwohnern, Bürgerinitiativen und Umweltverbänden gegen die Erweiterung protestiert. In den Ausbau soll rund eine halbe Milliarde Euro investiert werden. Im September hatte die sächsische Landesdirektion die Erweiterung des Flughafens genehmigt." (<https://dubisthalle.de/protest-gegen-ausbau-des-flughafens-leipzig-halle-bund-kuendigt-klage-gegen-plaene-an>)

wird mit der Petition 1. gefordert, dass die Stadt Leipzig den BUND bei seiner benannten Klage unterstützt und möglichst auch selber Klage gegen den Flughafenausbau einreicht, welcher gegen jede Vernunft in Bezug auf den Umweltschutz und gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung erfolgen soll.

Von der Stadtverwaltung Leipzig wird die städtische Beteiligung an der Flughafengesellschaft konkret so begründet: "Trotz einer Minderheitsbeteiligung kann die Stadt Leipzig in gewissen Maße auf strategische Entscheidungen argumentativ Einfluss nehmen, und die Interessen der Stadt bei der Entscheidungsfindung darlegen. Durch die Einbeziehung in Gremien können vertrauliche Informationen früh aufgenommen und darauf reagiert, sowie im kritischen Fall im Interesse der Stadt Leipzig interveniert werden." und "Der Verkauf der Anteile würde möglicherweise einen bedeutenden Einfluss auf diese Rolle und die damit verbundenen positiven Effekte und Informationsvorteile für die Stadt und ihre Bürger verlieren."

Mit der Petition wird daher 2. gefordert, dass die Stadt Leipzig ihren Anteil tatsächlich konkret dafür einsetzt, dass der Flughafenausbau verhindert wird und 3., um Transparenz für "ihre Bürger" zu schaffen, ob tatsächlich Militär - und Rüstungstransporte sowie Abschiebungen über den Flughafen laufen, was dem Stadtratsbeschluss vom 23. Juni 2021 („Frieden ist die Verantwortung aller – für die

zivile Nutzung des internationalen Verkehrs- und Logistikdrehkreuzes „Flughafen Leipzig/Halle“: „Der Oberbürgermeister setzt sich vordringlich für die zivile Nutzung“ des Flughafens ein) klar zuwiderlaufen würde.

"Die Stadt Leipzig ist als Aktionärin an der Mitteldeutschen Flughafen AG, die den Flughafen Leipzig-Halle betreibt, unmittelbar beteiligt. Dabei wird die Stadt Leipzig durch ihren Oberbürgermeister vertreten. Auf der Grundlage des § 98 Abs. 1 Satz 6 SächsGemO kann der Stadtrat auf die Tätigkeit ihres Vertreters in der Mitteldeutschen Flughafen AG Einfluss nehmen, auch auf dem Wege von Weisungen.

Sehr geehrte Stadträte, der Oberbürgermeister ist nach dem jetzigen Beschlusstext in der Lage, darauf hinzuwirken, dass bei der Gestaltung des Flugbetriebs hohe Standards zum aktiven und passiven Schutz der Bevölkerung gelten sollten. Das sollte ebenso und als erstes für die Beendigung der militärischen Nutzung gelten." (<https://www.linksfraktion-leipzig.de/im-stadtrat/reden/aktuell/detail/militaerische-nutzung-des-flughafens-leipzighalle-verstoest-gegen-den-zwei-plus-vier-vertrag/>)

Der Stadtrat wird gebeten, entsprechend Weisungen an den städtischen Vertreter in der Mitteldeutschen Flughafen AG zu erteilen gemäß Forderungen 2. und 3. dieser Petition.

"Die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle verstößt gegen den Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der festlegt, dass ausländische Truppen in der ehemaligen DDR und Berlin "weder stationiert noch dorthin verlegt" werden dürfen." (<https://www.linksfraktion-leipzig.de/im-stadtrat/reden/aktuell/detail/militaerische-nutzung-des-flughafens-leipzighalle-verstoest-gegen-den-zwei-plus-vier-vertrag/>)

Mit der Petition wird 4. gefordert, dass die Stadt Leipzig gegen die Verletzung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages vor geeigneten Instanzen klagt, sollte sich herausstellen, dass tatsächlich Militärtransporte hier stattfinden.

Mit der Petition wird 5. gefordert, dass in der Stadt Leipzig eine Volksbefragung durchgeführt wird, ob die Stadt Leipzig ihren Anteil an der Flughafengesellschaft verkaufen sollte angesichts der enormen Schäden für Umwelt und Mensch, welche diese Flughafengesellschaft mit ihrem Profitstreben anrichtet.